

getheilt wurde; daß ein Protest eingereicht worden sei, haben wir nachträglich die Wahl durch eine öffentliche Versammlung bestätigen lassen.

Frau Steh: Es ist unrecht, Jeden, der seinen Willen nicht beiträgt, nicht als Parteigenossen zuzulassen. Wir weisen sie doch nicht zurück, wenn sie uns bei den Reichstagswahlen ihre Stimmen geben. (Rachen.) Ich weise es entschieden zurück, daß es sich hier um eine Frauenmarotte handelte. Den Protest haben eine ganze Anzahl Genossen erhoben, nicht ich. Ich hatte persönlich dazu um so weniger Anlaß, da ich ja trotzdem nicht von der Thätigkeit auf dem Parteitage ausgeschlossen war. Da von mir der Fall rein sachlich behandelt, hätte ich erwartet, daß es auch von der anderen Seite geschehe.

Die Diskussion schließt hiermit. Die Anträge der Mandatsprüfungs-Kommission werden angenommen.

Es folgt der sechste Punkt der Tagesordnung: **Maifeier.**

Hierzu liegt die folgende Resolution 63 vor:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Fest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden. Als die würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.“

Weyner-Berlin: Genossinnen und Genossen! Ich werde Ihre Zeit nicht lange in Anspruch nehmen. Anträge liegen zu diesem Punkt nicht vor. Ich will nur einen kurzen Rückblick darauf werfen, wie die Maifeier bisher begangen wurde, und da kann ich nur sagen, daß ein Theil der Arbeiter den 1. Mai feiert, während ein anderer Theil ihn unbeachtet läßt. Wenn das, was in meiner Resolution ausgedrückt ist und was sich vollständig mit unseren früheren Beschlüssen deckt, zur Ausführung gelangen soll, so muß es doch in erster Linie Pflicht jedes Arbeiters sein, soweit es in seiner Macht steht, den Inhalt der Resolution auch durch die That zu befolgen. Ich empfehle Ihnen einfach die Annahme der Resolution und bitte dafür zu sorgen, daß ihr Inhalt mehr als leider in letzter Zeit beachtet wird. (Beifall.)

Der Parteitag nimmt die Resolution debattelos und einstimmig an. Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildet die **Weltpolitik.**

Hierzu liegt die Resolution 64 vor.

Singer-Berlin: Parteigenossen! So ehrenvoll es für mich auch ist, vor dem Parteitag zu referiren und so sehr ich der Meinung bin, daß jeder Parteigenosse die Pflicht hat, die Aufgaben, die ihm im Interesse der Partei gestellt werden, zu erfüllen, so werden Sie es doch begreifen, wie schwer es mir wird, gerade heute über dies Thema vor Ihnen zu sprechen, wenn ich daran denke, wer eigentlich an dieser Stelle stehen sollte. Die Parteileitung hat die Weltpolitik auf die Tagesordnung gesetzt auf Anregung, jedenfalls unter lebhafter Zustimmung unseres großen Todten Wilhelm Liebknecht. Es war eine seiner letzten Arbeiten im Dienste der Partei, als er mit uns gemeinsam die Gründe besprach, die es uns zur Pflicht machen, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Es hieß: Gehen Sie nach Athen, wollten Sie vor Ihnen auseinandersetzen, wie geeignet gerade Liebknecht zur Erörterung der Weltpolitik gewesen wäre. Das Geschick, welches ihn und uns betroffen, hat es anders gefügt und ich kann Sie nur bitten, mit dem Vorlieb zu nehmen, was ich an Liebknecht's Stelle, in dem der Widerspruch gegen die Weltpolitik ja seinen kraftvollsten Vertreter hatte, bieten kann.

Gegenüber der Einmüthigkeit, mit der die gesammte Parteipresse und alle Parteiversammlungen sich gegen die abenteuerliche, gewaltthätige und die Volkskraft verheerende Weltpolitik ausgesprochen haben, wäre es übel angebracht, wollte ich den Parteitag mit langen Ausführungen behelligen. In der von der herrschenden Klasse betriebenen Weltpolitik wird der Gegensatz zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Welt offenbar. Im Kampf gegen den Militarismus, welcher der Träger der europäischen Weltpolitik ist, findet die Sozialdemokratie ihren Beruf, und ich glaube recht zu haben, wenn ich behaupte, daß die Weltpolitik, die jetzt betrieben wird, wesentlich durch diejenigen Erscheinungen in der bürgerlichen Gesellschaft verursacht wird, welche die Sozialdemokratie am allerenergischsten zu bekämpfen hat.

Ich habe Ihnen eine Resolution unterbreitet, und ich möchte an der Hand derselben nachweisen, wie nothwendig es ist, daß der Parteitag Stellung zur Weltpolitik nimmt. Während wir uns bisher mehr oder weniger mit der Regelung unserer Partei-Angelegenheiten beschäftigt haben, während wir uns bisher damit beschäftigt haben, unsere Organisation zu einer thatkräftigeren zu gestalten, befassen sich die nächsten Gegenstände der Tagesordnung mit den allgemeinen Verhältnissen. Es sind Gegenstände, die die Arbeiterklasse auf das Tiefste berühren; das gilt sowohl von der Weltpolitik, als auch von der Verkehrs- und Handelspolitik.

Meine Resolution legt einleitend den Zweck der Weltpolitik dar und führt aus, worauf sich diese Politik stützt. Es heißt da zu Anfang: Der Parteitag erklärt:

„Die zum Zweck kapitalistischer Ausbeutung und militärischer Machtentfaltung betriebene Welt- beziehentlich Kolonialpolitik, wie sie neuerdings auch in dem Zuge nach China zum Ausdruck kommt, entspringt in erster Linie dem habgierigen Verlangen der Bourgeoisie nach neuen Gelegenheiten zur Unterbringung des stets anschwellenden Kapitals, dem die Ausbeutungsgelegenheiten im Inlande nicht mehr genügen, sowie dem Drang nach neuen Absatzmärkten, die jedes Land für sich zu usurpiren trachtet.“

Ich bitte Sie, diesen Sätzen zugustimmen. Es entspricht ja der Geschichts- und ökonomischen Auffassung der Sozialdemokraten, die Ursachen festzustellen, welche in der Politik in Erscheinung treten, und es kann nach meiner Meinung nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß wir die Gründe dieser abenteuerlichen chauvinistischen Weltpolitik zu suchen haben in der Beutegier des Kapitalismus. Die Entwicklung des Kapitalismus hat dahin geführt, daß durch die Konzentration des Kapitals und durch die dem Kapital innewohnende Expansionskraft er seiner Sier nach Vermehrung nicht mehr im Inlande Ausdruck geben kann. Das Streben des Kapitalismus geht dahin, alle Ausbeutungsgelegenheiten zu benutzen, welche es ihm ermöglichen, sich immer mehr zu konzentriren.

Diese Politik beruht, wie ich weiter in meiner Resolution sage, auf der gewaltthätigen Aneignung fremder Ländergebiete und der rücksichtslosen Unterjochung und Ausbeutung der in denselben wohnenden Völkerschichten; sie führt aber auch nothwendig zur Demoralisation und Verrohung der ausbeutenden Elemente, die ihre Raubjucht durch die verwerflichsten, ja selbst unmenschlichsten Mittel zu befriedigen streben und dadurch fortgesetzt Empörungen der Mißhandelten hervorgerufen.

Wer die Entwicklung dieser Weltpolitik in den letzten Jahren beobachtet hat, der weiß, daß die Folgen dieser Politik in diesen Sätzen richtig gekennzeichnet worden sind. Im Namen der Zivilisation, im Namen der Kultur wird sie angeblich betrieben, die Mittel aber, welche für sie angewendet werden, sind der blutigste Hohn auf Zivilisation, auf Kultur. Diese Weltpolitik ist eine Raubpolitik, eine Eroberungspolitik, die unbekümmert um die Gesetze der Moral und